

Weniger Eingriffe in den Arbeitsmarkt

Wolfgang Steiger

kritisiert nicht nur die Erhöhung des Mindestlohnes, sondern generell zu viele staatliche Maßnahmen, die Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft oft abschnitten.

Die von der Koalition beschlossene Erhöhung des Mindestlohnes ist eine Missachtung der Tarifautonomie und der Startschuss in einen gefährlichen Überbietungswettbewerb, der bereits bei der Einführung des Mindestlohnes befürchtet wurde. Die Ampelkoalition öffnet nun populistisch über den Arbeitsmarkt geführten Wahlkämpfen Tür und Tor.

Doch ist die Erhöhung des Mindestlohnes nur das bisher letzte Kapitel in einem dicken Buch von staatlichen Regulierungsmaßnahmen, die Leistung beschneiden und den freien Markt mit überbordender und oft aus der Zeit gefallener Bürokratie gängeln. Es gibt viele Maßnahmen, die in unserem Land einen Arbeitsmarkt ermöglichen, der seiner Innovationskraft gerecht wird. Leider werden staatlicherseits durch pauschale Entscheidungen ohne Augenmaß oftmals Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft abgeschnitten.

Arbeiten ist volatil geworden. Episoden von starker Belastung und von verringerter Beanspruchung wechseln sich im Arbeitsalltag ab. Oft passiert dies schon innerhalb einer Woche. Eine tägliche Höchstarbeitszeit ist hier kontraproduktiv. Stattdessen sind wöchentliche Obergrenzen, bei de-



Der Gastautor (56) ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

nen die Vertragspartner gemeinsam flexibel auf Belastungsspitzen agieren können, gerade mit Blick auf die sich veränderte Arbeitslandschaft eine angemessene und zeitgemäße Lösung.

Gerade im Bereich der IT sind die Arbeitsmodelle oft so unflexibel, dass das deutsche Recht kaum mit den Gepflogenheiten der Branche vereinbar ist. Die meisten IT-Dienstleister sind selbstständig – und zwar freiwillig. Sie arbeiten von überall aus, haben die Möglichkeit, einzelne Projekte anzunehmen, andere abzulehnen und eine oft höhere Vergütung: Die Attraktivität der Einzelselbstständigkeit ist gerade bei digitalen Berufen besonders hoch. Doch auch hier schnüren Arbeitsmarkteingriffe die Leistungsbereitschaft einzelner

ab. Oft sind die Verhältnisse zwischen Auftraggebern und Dienstleistern so eng, dass die Grenze zur Scheinselbstständigkeit rechtlich nur schwer auszumachen ist. Sinnvoller wäre es, hier Positivkriterien einzuführen.

Ein Beispiel: Wer pro Jahr über 85 000 Euro verdient (was in der IT-Branche ein recht normaler Gehaltsrahmen ist), braucht sich um Scheinselbstständigkeit und Ähnliches keine Sorgen mehr zu machen. Von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, die wir im Kontext der Scheinselbstständigkeit leider noch immer erleben, kann bei so einem Gehalt sicherlich keine Rede sein.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sagte unlängst in einem Pressestatement sinngemäß, dass die Wirtschaft sich wünsche, dass man ihr mehr Vorgaben macht. Ich habe keine Ahnung, mit wem genau sich Herr Habeck unterhalten hat, aber mein Eindruck ist ein anderer. Was die Wirtschaft braucht, sind stabile maßgeschneiderte Rahmen, nicht aus Allgemeinplätzen geborene Bürokratiehürden, die obendrein kurzfristigen Entwicklungen in Umfragen unterworfen sind. Langfristige Planbarkeit und ein bisschen Freiheit bringen dem Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und den Menschen mehr als alles staatliche Eingreifen.